

Das soziale Berlin braucht eine Zukunft

Schluss mit Haushaltschaos und einseitiger Kürzungspolitik

1. Redet endlich mit der Stadt - ehrlich, konkret und transparent!

Der Senat hat 2023 einen in Milliardenhöhe ungedeckten Haushalt beschlossen und selbst durch die Koalitionsfraktion um 800 Millionen Euro überbucht. Im laufenden Jahr 2024 fehlen bereits 1,8 Milliarden. 2025 fehlen weitere 1,8 Milliarden Euro. Für das Haushaltsjahr 2026 wird mit einem weiteren Fehlbetrag von ca. 2 Milliarden gerechnet, der sich nach einem Kassensturz einer neuen Bundesregierung noch erhöhen können. Berlin wird weiter in einen Kürzungs- und Schrumpfungstrudel gezogen, wenn auf Bundes- und Landesebene nicht zugunsten einer gerechteren Steuerpolitik umgesteuert wird und die unsinnige Schuldenbremse nicht zeitnah grundlegend reformiert oder besser ganz abgeschafft wird.

Schwarz-Rot muss ehrlich und konkret kommunizieren. Alle Möglichkeiten zur Erhöhung der Einnahmen und zur kreditfinanzierten Streckung von Investitionsausgaben müssen genutzt werden. Die Gestaltung der sozialen Daseinsvorsorge, der Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturlandschaft und der Verwaltung unter derart komplizierten Rahmenbedingungen erfordert den frühzeitigen offenen Dialog mit Trägern und Einrichtungen, mit Gewerkschaften und Beschäftigtenvertretungen, mit Verbänden und Ideengeber:innen.

Wir fordern Koalition und Senat auf: Richten Sie Runde Tische ein und holen Sie alle Betroffenen zusammen. Reden Sie Klartext und nutzen Sie die Ideen der Zivilgesellschaft!

2. Einrichtungen, Projekte und Träger sowie Beschäftigte brauchen Planungs- sicherheit

Drei Wochen vor Beginn des neuen Jahres, wissen viele Einrichtungen, Träger, Vereine und Projekte nicht, wie viel

Geld sie im Jahr 2025 zur Verfügung haben. Auch nach dem voraussichtlichen Beschluss des Nachtragshaushaltes am 19. Dezember 2024 wird dieser Zustand nicht ausgeräumt sein. Durch das bundesweit bisher einzig-artige Instrument der qualifizierten Sperrung von in einer seitenlangen Anlage erfassten Titeln und Teilansätzen wird die konkrete Entscheidung über die tatsächliche Kürzung in die Haushaltswirtschaft des kommenden Jahres mit Parlamentsbeteiligung vertagt.

Mit dem dauerhaften Lavieren und Verzögern von Entscheidungen hat die Koalition viele Träger und Institutionen in eine katastrophale Lage gebracht. Investitionen können nicht geplant und finanziert werden. Zum Teil müssen Baumaßnahmen mitten im Prozess unter- und womöglich ganz abgebrochen werden. Verträge können nicht eingehalten werden. Schließlich hat der Senat bis heute nicht die titelscharfe Investitionsplanung vorgelegt, obwohl er dazu bundesgesetzlich und landesverfassungsrechtlich eigentlich schon mit der Vorlage der Finanzplanung verpflichtet gewesen wäre.

Noch dramatischer ist die Lage jedoch bei den Beschäftigten. Träger und Einrichtungen in Kultur, Bildung und Wissenschaft müssen kurzfristige Kündigungen aussprechen und so unersetzbares Personal entlassen. Es sind Fälle bekannt, in denen sogar unklar ist, wie die Kündigungsfristen finanziert werden sollen und Arbeitgeber auf diese Weise in die Insolvenz geraten.

Wir fordern Koalition und Senat auf, Entscheidungen für die Umsetzung des Nachtragshaushaltes 2025 nicht weiter aufzuschieben und die Erstellung des Doppelhaushaltes 2026/27 sofort zu beginnen und dazu mit der Stadt in den Dialog zu treten! Berlin braucht Transparenz und Planungssicherheit.

3. Statt Bildung, Kultur und Soziales zu kürzen, müssen alle Möglichkeiten zur sozial gerechten Steigerung von Einnahmen und Kreditfinanzierung genutzt werden

Auch unter dem Diktat der Schuldenbremse hat das Land Berlin die Möglichkeit, bei einer entsprechend negativen Konjunkturlage Kredite aufzunehmen. Für 2024 wären das mehr als 1 Milliarde Euro. Die Koalition lehnt das ab. Für 2025 hat sie sich erst nach politischem Druck aus der Opposition bereit erklärt, die Ermächtigung für immerhin 812 Millionen Euro zu erteilen. Diese werden aber voraussichtlich vollständig zur Finanzierung von Transferleistungen gebraucht und stehen nicht für Investitionen zur Verfügung.

CDU und SPD wollen die Vergnügungssteuer, die Übernachtungssteuer und die Zweitwohnungssteuer erhöhen. Zwar kommen die Erhöhungen ein Jahr zu spät, dennoch sind sie richtig. Die Linksfraktion wird diesen Gesetzen deshalb auch zustimmen, zumal wir ähnliche Gesetzesentwürfe bereits 2023 und 2024 eingebracht hatten.

Wir kritisieren jedoch, dass CDU und SPD die jährlich größte Einnahmequelle verworfen haben: Die Erhöhung der Grunderwerbssteuer auf 6,5 Prozent (auf dem Niveau des Nachbarlandes Brandenburg). Dies würde zu strukturellen jährlichen Mehreinnahmen von ca. 100 Millionen Euro führen. Die Linksfraktion hatte dies bereits beantragt – die Koalition lehnte es ab.

Die Koalition ist darüber hinaus nicht bereit, den Individualverkehr stärker an den Kosten des ÖPNV und der Stärkung des Umweltverbundes zu beteiligen. Weder ist die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung geplant, noch soll bei den Gebühren für Kurzzeitparker:innen und Anwohner:innen-Parkausweise auch nur ein Cent mehr eingenommen werden. Stattdessen wird das 29-Euro-Ticket abgeschafft, das Sozialticket im Preis verdoppelt und auch die übrigen Ticketpreise sowie das Semesterticket massiv erhöht. Das sind Beispiele für die soziale Schieflage dieser Kürzungspolitik.

Von der angekündigten Infrastrukturgesellschaft im Bereich der Hochschulen ist ebenso wenig Konkretes zu sehen wie von der Landesgesellschaft zur Unterbringung von Geflüchteten, stattdessen wird die Privatisierung von Schulbauvorhaben (Rue Racine/Cité Foch und Heinersdorfer Straße/Blankenburger Süden) erwogen.

Wir fordern Koalition und Senat auf, alle Instrumente zur sozial gerechten Verteilung der Konsolidierungslasten und zur Kreditfinanzierung von Zukunftsinvestitionen zu nutzen.

Berlin muss sich zudem im Bund vehement für das Ende der Schuldenbremse und die Einführung einer Vermögenssteuer einsetzen!

Wir brauchen ein Privatisierungsverbot in der Verfassung von Berlin und bieten den demokratischen Fraktionen an, dieses gemeinsam umzusetzen! Die öffentliche Infrastruktur darf nicht verscherbelt werden!

4. Diese Kürzungspolitik bedroht den sozialen Zusammenhalt und die Zukunftschancen einer sozialen und ökologischen Metropolenentwicklung

Die sozialen Fliehkräfte der kapitalistischen Metropolenentwicklung brauchen eine starke öffentliche Gegenreaktion, wenn die Spaltung der Stadt nicht weiter fortschreiten soll. Die Kürzungspolitik von Schwarz-Rot setzt aber gerade bei diesen sozialen Angeboten von Unterstützung und Betreuung den Rotstift an.

Viele Angebote der sozialen Arbeit – etwa für Senior:innen, Obdachlose, kranke Menschen oder Kinder und Jugendliche, Angebote der Schuldner:innen-, Sucht- oder Sozial- und Migrationsberatung sowie der Antidiskriminierungsarbeit stehen vor Kürzungen oder gar vor dem Aus. Das ist in einer Stadt, in der zwischen 17,8 und 27,8 Prozent der Haushalte monatlich weniger als 1.500 Euro netto zur Verfügung haben, sozialer Sprengstoff und unverantwortlich.

Schwarz-Rot kürzt zudem am stärksten in den Bereichen, die Berlin besonders ausmachen und zu einer einzigartigen Stadt mit Wachstumspotenzialen entwickelt haben: Kultur und Wissenschaft.

Nicht zuletzt sind diese Kürzungspläne eine Absage an eine ökologische Wende in den Bereichen Verkehr, Stadtentwicklung und Energie.

Wir sagen ganz klar: Berlin braucht eine Zukunft – auch und gerade, wenn die Haushaltslage schwierig ist. Wir fordern den Senat auf: Stoppen Sie die Kürzungen, unterstützen Sie die der Schwächsten der Gesellschaft!

Setzen Sie Schwerpunkte bei Bildung, Kultur und Wissenschaft! Entwickeln Sie mit der Zivilgesellschaft zusammen eine Zukunftsstrategie für diese Stadt, die ein lebenswertes Berlin und Teilhabe für alle sichert!

Stand: 10. Dezember 2024